

Tagesfragen

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **27 (1935)**

Heft 6

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale

No. 6

Juni 1935

27. Jahrgang

Tagesfragen.

Der Entscheid vom 2. Juni ist gegen die Kriseninitiative ausgefallen. Bei einer Stimmbeteiligung von nahezu 1,000,000, etwa 84 Prozent aller Stimmberechtigten, haben 425,000 mit ja und 565,000 mit nein gestimmt. Das Verhältnis ist somit 43 zu 57. Rund 75,000 Wähler oder 7 Prozent hätten durch andere Stimmabgabe einen entgegengesetzten Entscheid herbeiführen können. Das zeigt, dass die Differenz relativ bescheiden ist, besonders wenn man in Betracht zieht, welche Uebermacht die Gegner auf den meisten Gebieten aufzuweisen hatten.

Vorweg darf festgestellt werden, dass die Verfechter der Kriseninitiative mit bewundernswerter Hingabe gekämpft haben. Das gilt sowohl von den Vertrauensleuten unserer Arbeiterorganisationen wie auch von denen der Angestellten- und der bäuerlichen Bewegung, die mithalfen. Ihnen allen gebührt unser herzlichster Dank. Der Druck und Hass der Gegner richtete sich in ganz besonderem Masse gegen die Anhänger in Angestelltenkreisen und im bäuerlichen Lager. Doch sie sind mit Mut und vorbildlicher Treue zur gemeinsamen Sache gestanden.

*

Die Ueberlegenheit der Gegner an materieller Ausrüstung für den Kampf war von Anfang an unbestreitbar. Das gilt namentlich von der Presse. Während anfänglich noch einige Dutzend bürgerliche Zeitungen Einsendungen für die Initiative aufnahmen, verschlossen sie immer mehr ihre Spalten, und zuletzt blieben nicht einmal mehr ein Dutzend übrig neben den 1½ Dutzend sozialdemokratischen Blättern und den Organen der gewerkschaftlichen Organisationen, denen auf der andern Seite mehr als 350

Zeitungen gegenüber standen. Die Machtverteilung war auch ganz ungleich im Nachrichtendienst, da die Schweizerische Depeschagentur unter der Flagge der Neutralität von allen Bundesratsreden Kenntnis gab, dagegen selbst Meldungen über die grössten Kundgebungen für die Initiative unterschlug. Noch krasser stand es mit dem Radio, das in diesem Abstimmungskampf vollständig zum politischen Instrument der Regierung degradiert wurde. Die finanzielle Ueberlegenheit des Gegners (siehe Plakatwände) konnte wenigstens teilweise durch den Opfermut und Feuereifer unserer Leute ausgeglichen werden. Das zeigte sich in den Versammlungen, in denen die Initiativfreunde zum grossen Teil dominierten. Ebenso wird die bedeutend bessere sachliche Ausrüstung der Befürworter auch auf gegnerischer Seite nicht bestritten werden können. Kennzeichnend ist z. B., dass die grundlegende Schrift «Ueberwindung der Krise durch die Kriseninitiative» in keiner einzigen gegnerischen Zeitung eine seriöse Besprechung erfuhr, von einem Versuch, die darin enthaltenen Argumente zu widerlegen, gar nicht zu reden. Doch was vermochte diese sachliche Ueberlegenheit gegenüber der parteipolitischen Borniertheit, gegenüber der Demagogie, die vor keinen Entstellungen zurückschreckte, und vor allem gegenüber dem wirtschaftlichen Druck, der in den letzten acht Tagen auf die Stimmberechtigten ausgeübt wurde? Die Zirkulare der Banken und Versicherungsgesellschaften an ihre Kunden sowie die Schreiben der grossindustriellen Firmen an ihre Arbeitnehmer sind die allerbedenklichste Erscheinung im hinter uns liegenden Kampf. Diese Abstimmungsmethoden sind eine ernste Gefahr für unsere Demokratie. Wenn es nicht gelingt, sie auszurotten, wird die Demokratie nicht mehr richtig funktionieren können.

*

Wie ist der Entscheid zu werten? Ein Sieg der Kriseninitiative ist er gewiss nicht. Aber ist er etwa ein Sieg des Bundesrates und des Parlamentes? Sicher ebensowenig. Zwar beruft sich der Bundesrat jetzt darauf, sein Programm sei vom Volk gebilligt worden. Doch wenn über seine Politik abgestimmt worden wäre, so hätte die Zahl der Nein wahrscheinlich 600,000 weit überstiegen. Die Behörden sind deshalb in keiner beneidenswerten Lage; denn sie wissen so wenig wie vorher, was das Volk denn in einer Abstimmung annehmen würde. Vor lauter Angst vor dem Urteil des Volkes werden sie deshalb den Weg zu gehen versuchen, den sie der Initiative als grösste Schwäche angekreidet haben: den Weg der dringlichen Bundesbeschlüsse, nur mit dem Unterschied, dass das jetzt ohne Ermächtigung und Zielsetzung durch das Volk, also unter Verletzung der Verfassung geschehen wird.

Der Vormarsch der Front der Arbeit wird ersichtlich, wenn man die Abstimmungszahlen nicht mit dem zu erreichenden Ziel, der Volksmehrheit, vergleicht, sondern mit den bisherigen Ergebnissen im Kampfe gegen die Abbaupolitik. Die Aufgabe, zu den 335,000 Unterzeichnern des Volksbegehrens noch 165,000, also 50 Prozent dazu zu gewinnen, und sie gegen alle Einschüchterungsversuche hieb- und stichfest zu machen, war in der knappen Zeit nicht zu bewältigen. Insofern erwies sich die Taktik des Bundesrates, die Abstimmung möglichst frühzeitig anzusetzen, als richtig. Denn in den Kantonen, wo die Aufklärungsarbeit bisher aus irgendwelchen Gründen nicht intensiv genug gewesen war, konnte das Versäumte nicht in ein paar Monaten oder gar in ein paar Wochen gut gemacht werden. Nur dort, wo eine sozusagen jahrelange Vorarbeit geleistet worden ist, waren die Früchte reif.

Wir sehen das auf Grund der kantonalen Abstimmungsergebnisse im Vergleich mit der Zahl der Unterschriften.

Abstimmung vom 2. Juni			
	Ja	Nein	Zahl der Ja in % der Unterschriften
Zürich	79,974	82,820	132,7
Bern	90,634	78,443	99,7
Luzern	13,525	32,715	130,2
Uri	1,868	3,607	84,9
Schwyz	4,034	9,895	114,8
Obwalden	812	3,674	134,0
Nidwalden	594	2,720	189,8
Glarus	2,282	6,458	89,0
Zug	2,679	5,220	82,5
Freiburg	7,518	26,572	163,9
Solothurn	18,189	17,963	118,7
Baselstadt	20,044	18,005	162,2
Baselland	13,108	9,558	114,9
Schaffhausen	6,862	6,045	131,9
Appenzell A.-Rh.	4,582	6,592	162,3
Appenzell I.-Rh.	503	2,176	214,9
St. Gallen	24,726	41,634	123,3
Graubünden	13,464	15,169	142,5
Aargau	31,562	34,101	136,3
Thurgau	12,392	20,803	128,6
Tessin	10,997	20,159	148,4
Waadt	29,920	61,992	189,9
Wallis	9,234	20,296	208,7
Neuenburg	12,308	18,004	87,8
Genf	13,648	20,237	245,5
Total	425,369	564,858	127,1

In der ganzen Schweiz haben sich am 2. Juni 90,000 Stimmberechtigte mehr zur Initiative bekannt, als vor einem Jahre unterschrieben haben. Allerdings haben die Unterzeichner nicht überall

zu 100 Prozent standgehalten. Es war zu erwarten, dass unter dem ungeheuren Druck, namentlich von Seiten der Arbeitgeber, Banken, Versicherungsgesellschaften und anderseits der katholisch-konservativen Bewegung einzelne Unterzeichner nein stimmen oder zu Hause bleiben würden. Das geschah denn auch in den Kantonen Zug, Uri, Glarus, wo der Druck besonders stark war. Nicht so leicht erklärlich ist der Umstand, dass auch im Kanton Neuenburg die Unterschriftenzahl, die freilich ein Rekordresultat bedeutet hatte, nicht mehr erreicht wurde.

Selbstverständlich stellt der Prozentsatz der Ja-Stimmen im Vergleich zur Unterschriftenzahl keinen Gradmesser dar für den Erfolg in den einzelnen Kantonen; denn es war bei der Unterschriftensammlung recht ungleich gearbeitet worden. In den Kantonen Bern, Baselland, Solothurn und St. Gallen, wo ein Maximum herausgeholt worden war und zwar unter viel günstigeren Bedingungen, als sie jetzt vorlagen, konnte die Zahl der Initiativanhänger nicht sehr stark erhöht werden. Anderseits bedeutet die wesentliche Steigerung im Kanton Genf nicht sehr viel, da die Unterschriftensammlung dort ein recht mageres Ergebnis gezeitigt hatte.

Angesichts der Steigerung der Unterschriftenzahl von 335,000 auf 425,000 Ja-Stimmen wäre es völlig unangebracht, von einer Niederlage zu reden; denn es braucht nun nicht einmal mehr so viel Stimmen, wie seit der Unterschriftensammlung hinzugewonnen wurden, um die Mehrheit zu erreichen. Und die 425,000 Bürger, die am 1. Junisonntag zur Kriseninitiative standen, sind ein Block, der auch dem schärfsten Druck standhält. Selbst wenn sich alle Gegner zusammenschliessen könnten gegen diese Front, würden sie eine solche Zahl niemals aufbringen.

*

Welche Lehren haben wir aus dem Kampf um die Kriseninitiative zu ziehen? Die erste Schlussfolgerung ist die uralte Erkenntnis, dass, wie jeder Erfolg im Leben erarbeitet werden muss, auch ein positiver Abstimmungserfolg nur durch zähe, unentwegte Erziehungsarbeit zu erzielen ist. Hätte diese Arbeit überall geleistet werden können, wie das in einigen Kantonen geschehen ist, so wäre das Ergebnis ein anderes gewesen. Wir wissen, dass es zum grossen Teil objektive Gründe sind, weshalb diese Aufklärung vielerorts im Rückstand ist. An manchen Orten liegt es aber auch daran, dass man nur auf momentane politische Erfolge hin arbeitet, statt auf einen dauernden Fortschritt. Und wenn es diesmal nicht ganz gereicht hat, eben weil die Propaganda nicht breit und intensiv genug vordringen konnte, so gibt es nur eine Lehre: Die

Lücken ausfüllen und die gleichen Forderungen noch fester einhämmern bis zum endgültigen Sieg! Das Allerverkehrteste wäre es aber, die eingeschlagenen Linie zu verlassen und sich ändern, weitergehenden Forderungen zuzuwenden, für die die Voraussetzungen noch viel weniger vorhanden sind.

Ferner müssen wir aus dem verflochtenen Kampf die Lehre ziehen, dass die Stimmberechtigten dem Einfluss und Druck des Grosskapitals entzogen werden müssen. Wie viele Arbeiter und Angestellte haben sich auch diesmal wieder einschüchtern lassen durch die Gefahren, die ihnen durch eine Sparkasse oder eine Versicherungsgesellschaft vor Augen gehalten wurden! Sie gehen wohl durch dick und dünn mit der Gewerkschaft in wirtschaftspolitischen Fragen; doch sobald die Bank ihren Drohfinger aufhält, sobald der Schweizerfranken, dessen Bedeutung und Funktionieren für sie ein spanisches Dorf ist, in Gefahr erklärt wird, so ist ihr Vertrauen erschüttert. Hier muss eingesetzt werden. Die Aufklärung über die Fragen der Währung, des Geld- und Kreditwesens muss noch viel gründlicher gepflegt werden als bisher. Das Volk muss immun werden gegen alle Schwindelnachrichten und gegen die Panikmeldungen, mit denen das Grosskapital schon mehr als einmal seiner Parole zum Sieg verholten hat.

Und noch ein dritter Punkt, der uns als der allerwichtigste erscheint: Die Gewinnung der Volksmehrheit ist eine Vertrauenssache. Vertrauen kann aber nur gewonnen werden durch absolute Ehrlichkeit. Man könnte nun sagen, der 2. Juni bewiese das Gegenteil, da doch die verwerfende Mehrheit sicher nicht durch ehrliche Mittel zusammengebracht wurde. Allein, wer würde denn wagen, die 565,000 Nein als Vertrauenskundgebung für irgendetwas zu buchen? Ein sehr grosser Teil, vielleicht die Mehrheit der Neinsager würde gegenüber den Vorschlägen der Behörden mit dem gleichen Misstrauen nein sagen. Allein sie konnten sich nicht dazu entschliessen, der Kriseninitiative und den dahinter stehenden Kreisen ihr Vertrauen zu schenken. Es hat harte Arbeit gekostet, das Misstrauen zu bekämpfen, das entstanden ist, weil einzelne eine politische Spekulation mit der Kriseninitiative verbinden wollten. Das ist zum Teil gelungen, weil man den Verbänden und den Persönlichkeiten, die hinter der Kriseninitiative standen, Vertrauen schenkte. Dieses Vertrauen darf auch in Zukunft unter keinen Umständen aufs Spiel gesetzt werden.

Wenn eine Volksbewegung von noch nie erlebtem Schwung und Begeisterung entstanden ist, so deshalb, weil die Werktätigen aus allen Berufsständen spürten, dass es um eine grosse gemeinsame Sache ging, die der Propaganda einer einzelnen Partei

oder Wirtschaftsgruppe entzogen war. Wenn es nicht gelang, die Mehrheit davon zu überzeugen, so zeigt das eben, dass das Misstrauen, das durch jahrzehntelange falsche Politik erzeugt wurde, nicht in ein oder zwei Jahren völlig zu überwinden ist. Es wird aber überwunden werden, wenn der Kampf in der gleichen Richtung weitergeführt wird. Nur auf diesem Wege ist das Ziel erreichbar. Es wird keine Partei und keine Wirtschaftsgruppe für sich allein der schweizerischen Wirtschaftspolitik ein neues Gesicht geben können. Das kann nur das Ergebnis der Zusammenarbeit sein. Es gibt daher nur zwei Möglichkeiten für die künftige Entwicklung: Entweder halten die Kreise, die sich hinter die Kriseninitiative gestellt haben, zusammen, um durch Weiterarbeiten ihre Front zu verbreitern bis zur Erringung der Mehrheit — oder das Grosskapital, das am 2. Juni unter Aufbietung aller Mittel einen knappen negativen Erfolg errungen hat, wird tatsächlich triumphieren und die Politik unseres Landes auch in Zukunft beherrschen.

Dänemark, das Land der sozialen Demokratie.

Von Hellmut Jacoby, Kopenhagen.

Unter den europäischen Ländern, die sich im besonderen Masse krisenfest erwiesen haben, nimmt Dänemark eine besondere Stellung ein. Dieses kleine Land von noch nicht 4 Millionen Einwohnern, hat es verstanden, sein hohes Lebensniveau sogar in der Wirtschaftskrise zu halten. Der Aufstieg aus der Krise macht sich in Dänemark — abgesehen von Grossbritannien und Schweden — am frühesten und intensivsten bemerkbar.

Der Besucher Dänemarks sieht allzuleicht in Kopenhagen das Land. Dieser Eindruck wird durch die Tatsache bestärkt, dass Kopenhagen die einzige grosse, moderne Stadt mit fast weltstädtischem Verkehr und regem kommerziellem und gesellschaftlichem Leben ist. Entscheidend für den Eindruck ist aber, dass diese Stadt und ihre Menschen scheinbar in dem Vordergrund des öffentlichen Lebens steht. Dieser Eindruck ist verfehlt. In Wirklichkeit dominiert in Dänemark das flache Land. Schon ein Blick in den Reichstag, in seine Wandelhallen, in seinen Sitzungssaal genügt und belehrt darüber, dass Dänemark ein Bauernland ist, dass die Bauern der Kern des Volkes sind.

Das beweist auch die Statistik. Nach dem statistischen Jahrbuch von Dänemark entfallen auf die einzelnen Berufsgruppen an Erwerbstätigen (in runden Zahlen):